
Gehalts-Plus für Politiker

Arbeitnehmer und Beamte beim Bund erhalten seit März höhere Gehälter – denn der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst wurde gleichfalls auf die Beamten übertragen. Davon profitieren letztlich auch die Minister und parlamentarischen Staatssekretäre, die sich an der Beamtenbesoldung orientieren. Minister erhalten nun ein monatliches Amtsgehalt in Höhe von rund 17.990 Euro, die parlamentarischen Staatssekretäre von 13.844 Euro. Auch den 735 Bundestagsabgeordneten steht ein Gehalts-Plus ins Hohe Haus. Ihre Entschädigung orientiert sich indes am Nominallohnindex, der die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft widerspiegelt. Dieser Index ist zuletzt kräftig um 6 Prozent gestiegen. Folglich ist ein Anstieg der Diäten von derzeit knapp 10.592 auf rund 11.227 Euro zur Mitte dieses Jahres zu

erwarten. Der BdSt hat bereits an die Abgeordneten appelliert, diese Rekorderhöhung der letzten 30 Jahre in Anbetracht der Haushaltsnöte und Konjunkturschwäche zu überdenken. Gleichfalls forderte der Verband die Mitglieder der Bundesregierung auf, auf ihre bereits ausgezahlte Inflationsprämie in Höhe von 3.000 Euro zu verzichten und diese freiwillig zurückzuerstatten – gegebenenfalls durch Einzahlung auf das Schuldentilgungskonto des Bundes bei der Bundesbank. Ein Teilverzicht der Politik auf üppige Gehaltssprünge oder Prämien hätte eine hohe Symbolkraft! *Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de*

